

des Ökumenischen Rates der Kirchen die Einreise zu einer Konsultation zu gestatten (epd, 8. 3. 71). Kurz darauf traf auch eine offizielle Einladung von kirchlicher Seite in Genf ein. Termine sind zwar noch nicht bekannt, doch bereitet man sich bereits intensiv auf die Gespräche vor. Teilweise begegnet man dem scheinbaren Nachgeben Vorsters allerdings auch mit großer Skepsis, da man es für einen „politischen Schachzug“ gerade im Hinblick auf kommende Wahlen in Südafrika hält.

Bei den Gesprächen dürften auch die vom Weltkirchenrat Ende März empfohlenen *Boykottmaßnahmen* gegenüber Südafrika (keine Militärbündnisse, keine Waffenlieferung, keine Einwanderung, keine Touristenreisen, keine Investitionen) behandelt werden, die im übrigen fast parallel zu ähnlichen Aufrufen *U Thants* liefen (NC News Service, 23. 3. 71). Maßnahmen dieser Art haben bisher selten zu Erfolg geführt. „The Tablet“ (6. 3. 71) räumte den Ausführungen des amerikanischen Diplomaten und Historikers *G. Kennan* (in „Foreign Affairs“) unter der Überschrift „Das ungeliebte Land“ viel Platz ein, in denen er zwar eine weltweite Verurteilung des Verhaltens der südafrikanischen Regierung vorschlägt, vor Boykott und Isolierung jedoch warnt, da die schwarze Bevölkerung am schlimmsten darunter

zu leiden hätte. Im übrigen glaubt er, daß „Apartheid von großer nationaler Introvertiertheit stamme“. Eine ähnliche Standortbestimmung und zusätzliche *theologische Erarbeitung* des gesamten Fragenkomplexes erscheint vor jeder Zusammenarbeit der Kirchen als notwendig. So müßten die „Zusammenhänge zwischen der burisch-angelsächsischen Rassenideologie und einer bestimmten theologischen Richtung“ mit einem „biblistischen Schriftverständnis“ (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 204) herausgearbeitet werden. Dabei würde man nach Meinung des schwedischen Bischofs *H. Fosseus* (Uppsala) auf das eigentliche Problem der Kirchen Südafrikas stoßen, das darin besteht, daß „viele ihrer Mitglieder nicht erkennen, wie dort gegen die christliche Ethik verstoßen wird“. Die Rassendiskriminierung sei „eine verkappte Form ökonomischer Gier und politischen Herrschaftstrebens der Wenigen über die Vielen“ (LWB-Pressedienst, 25. 3. 71). Die allzu lange Untätigkeit und das Schweigen der Kirchen führte mittlerweile zur Begründung einer „Schwarzen Theologie“ in Südafrika, die sich gegen eine personelle, besonders aber eine theologische Bevormundung der schwarzen Kirchenmitglieder durch weiße wendet und eine radikale Änderung erstrebt. Die Zusammenarbeit erscheint immer dringender.

Vietnam-Appell christlicher Zeitungen in den USA

Während die Vereinigten Staaten nach dem Urteil gegen den Oberleutnant *W. Calley* einen unerwartet heftigen Prozeß der Rechtfertigung und Suche nach den wahrhaft Schuldigen, der Diskussionen und Selbstanklagen, aber auch des patriotischen Zusammenschlusses durchmachen, verstärken kirchliche Gruppen ihre Bemühungen nicht nur um eine Beendigung des Vietnamkrieges, sondern auch um eine Art nationaler Gewissenserforschung und Umkehr.

Den bisher aufsehenerregendsten Beitrag leisteten vier überregionale christliche Zeitungen mit einem von ihnen veröffentlichten *gemeinsamen Leitartikel*. „The National Catholic Reporter“ und „The Commonweal“ auf katholischer sowie „The Christian Century“ und „Christianity and Crisis“ auf evangelischer Seite

riefen in dem zur Karwoche 1971 verbreiteten „Appell zur Buße und Aktion“ ihre rund 150 000 Leser zum Engagement für den Frieden in Vietnam auf. Mit diesem Aufruf wurde gleichzeitig die Aktion „Karwochen-Zeugnis gegen den Krieg“ eingeleitet, die gemeinsam von Klerikern und Laien aus katholischen und evangelischen Vietnam-Komitees, Mitgliedern ähnlicher Organisationen der Episkopalkirche und der Quäker sowie dem „Berrigan-Verteidigungs-Komitee“ getragen wurde.

In einer ungewöhnlich scharfen Sprache klagen die Zeitungen die Regierung der USA an. Zu lange hätten die Christen geschwiegen. Auch am diesjährigen Karfreitag schrien ungezählte Menschen in Indochina wieder ihr „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlas-

sen?“. Besonders in diesem Jahr erhöhen sich Millionen Stimmen in aller Welt, die Klage führten über „Unterdrückung durch unsere Regierung, unsere Wirtschaft und unsere Streitkräfte. Besonders in Südostasien wiederholt die amerikanische Militärmacht die Kreuzigung Christi.“ Man solle den Autoren keine Verwechslung von Politik und Religion vorwerfen. Es habe auch auf Golgatha keine klare Trennung von beiden gegeben. Bei aller Berücksichtigung von verständlichen Vorbehalten und unterschiedlicher Auffassung gerade im Bereich moralischer Entscheidungen müsse man doch jetzt in der zweiten Dekade des Vietnamkrieges eine Bilanz ziehen und neue Wege überlegen. Man sei überzeugt, daß die amerikanischen Kirchen zu geduldig gegenüber der politischen Führung gewesen sind. „Wir Christen waren zu tolerant gegen die amerikanischen Machthaber und vergaßen zu leicht die ausländischen Opfer dieser Macht. Zu oft wurden wir mit Hilfe einer raffinierten politischen Maschinerie zur Erfolglosigkeit manipuliert.“

Zehn Anklagen

Die Autoren halten die Zeit für gekommen, um „Herzen und Stimmen zu einer Anklage zu erheben, die selbst eine absichtlich schwerhörige Regierung nicht überhören kann“. Die zehn Anklagen gelten direkt den den beiden letzten Präsidenten und ihren Kabinetten, der politischen Führung der USA allgemein und der amerikanischen Bevölkerung insgesamt.

In der ersten Anklage wird das totale *Mißverhältnis zwischen Zielen und Mitteln* des Krieges in Vietnam herausgestellt. Dabei verschließe man die Augen vollkommen vor dem unermeßlichen menschlichen Leid. Die Autoren klagen zwei aufeinanderfolgende Regierungen an, sie hätten Politik so betrieben, als handle es sich um Bauernfängerei. Damit hätten sie die Öffentlichkeit so hinter Licht geführt, daß die meisten Bürger nun an der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Regierung zweifelten. Die Regierung müsse ferner angeklagt werden, weil sie ein Agrarland vollkommen verwüsten ließ, indem sie es zuließ, daß zweieinhalbmal (bald dreimal) soviel Bomben abgeworfen wurden wie in Europa wäh-

rend des gesamten Zweiten Weltkrieges. In der vierten Anklage heißt es: „Wir klagen die Vereinigten Staaten an, weil sie die führende Rolle bei der Tötung von 25 000 bis 35 000 Zivilisten in Südvietnam allein im Jahre 1970 übernommen haben. Hinzu kommen viermal so viele Verwundete, von denen vielleicht ein Drittel Kinder unter dreizehn Jahren waren; wir erheben Anklage wegen der Vertreibung von fünf Millionen Menschen. Diese Taten sind die unharmonischen Begleitumstände wohlgezogener Appelle für eine humane Behandlung amerikanischer Gefangener.“

Die nächste Anklage gilt den politischen Führern, die ein Regime in Saigon unterstützen, das die eigene Bevölkerung unterdrücke und politische Opponenten vor und nach „freien“ Wahlen inhaftiere. Zwei US-Präsidenten wird vergeblicher Chauvinismus vorgeworfen, der sich besonders in dem Gerede von einer Nation zeige, „die nicht erstmals in ihrer Geschichte einen Krieg verlieren dürfe“. Des weiteren werden die zwei Präsidenten der Irreführung bezüglich der „Vietnamisierung“ beschuldigt, die nur zu einer weiteren Fixierung der Asiaten auf die Linie der amerikanischen Politik und zu Tod und Blutvergießen bei anderen Völkern führe.

Der militärische Apparat wird der *nationalen Selbstzerstörung* bezichtigt, da er „junge Menschen zur Vernichtung von Dörfern und ungeschulten Menschen hinausschickt, ihre Moral zerstört und hilflos ihre Flucht in die Welt der Drogen beobachtet“. Die Regierung wird der Beraubung der Armen, der unterdrückten Minderheiten, der Städte und der Schulen angeklagt, da mit den ihnen zustehenden Mitteln die Kosten der Zerstörung gedeckt würden. Schließlich werden all diejenigen angeklagt, „die fromm gegen Isolation predigen, ohne zu merken, daß sie selbst diese Nation vom moralischen Urteil der Gemeinschaft der Nationen isolieren“. Durch das oft überhaupt nicht gewünschte Auftreten der USA überall in der Welt komm erst der wahre Isolationismus auf, der zu einer immer größeren Gefahr werde.

Empfehlungen und Aktionen

Die Autoren fügen hinzu, sie erheben die Anklagen „in Liebe zu

einem Land“, das Abraham Lincoln einst „die letzte Hoffnung auf Erden“ genannt habe“. Sie wollten mit diesem Aufruf keinerlei moralisches Vorrecht über Bürger anderen Glaubens geltend machen: „Wir sagen nur das, was wir jetzt aus unserem Erbe heraus bezeugen müssen, so wie wir von anderen ein entsprechendes Zeugnis erhoffen.“

Von den Christen fordern die Autoren, daß sie jeglichen Versuch unternehmen, die gewählten Repräsentanten wissen zu lassen, „daß wir jetzt genug haben von militärischer Grausamkeit und moralischem Zynismus . . . daß es Zeit ist, Südostasien endgültig zu verlassen . . .“ Alle Kongreßabgeordneten sollen gewarnt werden, „daß die Politiker nicht alle Menschen täuschen können und daß die Taktik der Irreführung die Führung insgesamt zerstört“. Außerdem sollen sich die Christen dafür einsetzen, daß Resolutionen zweier Senatoren für eine rasche Überprüfung der sofortigen Abzugsmöglichkeiten aus Indochina eine breite Mehrheit erhalten. Daneben sollen alle weltlichen und interkonnektionellen Organisationen unterstützt werden, die sich für eine Beendigung des Krieges und eine Überprüfung der nationalen Prioritäten einsetzen. Alle Mittel gewaltloser Demonstration und Aktion sollen gemäß den Weisungen des wegen seines Protestes gegen den Vietnamkrieg verurteilten Jesuitenpaters *Daniel Berrigan* ausgenutzt werden.

Ähnlich wie bei der inneramerikanischen Diskussion über das Urteil im Calley-Prozeß gab es auch auf diesen Aufruf ein gespaltenes Echo. Die Kluft geht quer durch alle Schichten der Bevölkerung. Zu den geforderten Aktionen haben sich bisher nur kleine Kreise entschließen können. Dennoch dürfte der Appell zu einer Gewissenserforschung beitragen, zumindest einen weiteren Anstoß zur Überprüfung geben. „Newsweek“ widmete dem Dokument am 12. April fast eine ganze Seite und nannte „seine schonungslose Sprache bemerkenswert“. Die moralische Glaubwürdigkeit der US-Kirchen werde besonders an ihrer Behandlung der ethischen Fragen gemessen, die durch den Indochina-Krieg aufgeworfen sind.

Das Nachrichtenmagazin „Time“ dagegen nannte unter dem gleichen Datum die Aussagen und besonders

die Vergleiche „übertrieben“. Dem Aufruf zum gemeinsamen Gebet und Fasten während der Karwoche vor dem Weißen Haus folgten viele Priester, Seminaristen, Studenten und Publizisten. 92 von ihnen wurden bereits am Montag verhaftet, weil sie „den Bürgersteig besetzt hielten“. Unter ihnen befanden sich die Herausgeber von drei der vier Zeitungen. Man hatte es bewußt auf die Verhaftung abgesehen, um der Aktion größeres Gewicht zu geben. Am Karfreitag schließlich wurden alle wieder auf freien Fuß gesetzt (vgl. „The National Christian Reporter“, 16. 4. 71).

Absage an die Wehrpflicht?

Die Aktion ist kein isolierter Fall. Zwar fehlt noch eine gemeinsame Erklärung der amerikanischen Bischofskonferenz, doch verurteilten soeben 25 katholische Bischöfe und evangelische Würdenträger der USA die Indochina-Politik Nixons. Eine größere Konfrontation bahnt sich in Form einer Resolution der amerikanischen „Justitia et Pax“-Kommission an, die im Auftrag der amerikanischen Bischofskonferenz erarbeitet wurde und die — falls der innerkirchliche Widerstand nicht zu groß ist — Ende April in Detroit verabschiedet werden soll. Das Dokument setzt sich für eine Revision der jetzigen gesetzlichen Möglichkeiten für eine Wehrdienstverweigerung ein. Diese müsse auch nachträglich einem Einzelnen im Falle einer als ungerecht empfundenen kriegerischen Auseinandersetzung eingeräumt werden. Im übrigen bedürfe auch das Gesetz über die Wehrpflicht in Friedenszeiten dringend einer Revision. Jüngste Urteile oberster Gerichte haben das selektive Recht zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen erneut abgelehnt. Aus diesem Grund und im Zusammenhang mit der durch den Calley-Prozeß hervorgerufenen Weigerung einzelner staatlicher Behörden, weitere Wehrpflichtige für Vietnam zu mustern, erhält die Vorlage eine besondere Aktualität.

Der Prozeß hat jedenfalls viele Christen aus verschiedenen Kirchen ermuntert, die Herausforderung anzunehmen und neben einer „Erziehung zum Frieden“ Hilfen für „eine neue moralische Grundlage der amerikanischen Nation“ zu bieten.